

Kommunistin

Nr. 5

Berlin, Mai 1926

Jahrg. 8

Lehren des englischen Generalstreiks für die Frauen

„Frieden auf Erden allen denen,
die guten Willens sind.“

Das war die Botschaft Waldwinz an das englische Volk, als der Generalstreik losbrach. Gleichzeitig mit dieser „Botschaft“ verhängte er den Belagerungszustand, zog die Reserveoffiziere ein, legte ein großes Militäraufgebot in wichtige Industriecorte, mobilisierte die Kriegsslotte, führte die Todesstrafe im Meer ein und ließ schwerbewaffnete Tanks durch die Straßen der Großstädte rattern.

Friede! eine frohe Botschaft für die Arbeiterklasse. Ganz besonders für die arbeitenden Frauen, die zerrieben vom Wirtschaftskrieg, in ständiger Angst vor einem neuen Weltkrieg, allen Grund hatten, bei dieser Friedensbotschaft aufzuborchen.

Sie haben auch angehört, als vor kurzem in England schon einmal diese Parole ins Volk geworfen wurde: das beweist der Zug der 20000 Frauen in London, die für „Frieden in der Industrie“ demonstrierten. Sie wurden zwar geführt von den Damen der englischen Gesellschaft zu Fuß und zu Pferde —, aber Tausende von Fischerfrauen, Kleinbäuerinnen, ja Bergarbeiterfrauen waren darunter, die den Frieden verlangten. Die Arbeiterklasse Londons, die aufgestellten Bergarbeiterfrauen der Kohlenbezirke zeigten damals in wuchtigen Gegendemonstrationen, was die Arbeiterklasse von diesem „Frieden“, wie ihn die Bourgeoisiedamen predigten, zu halten hat.

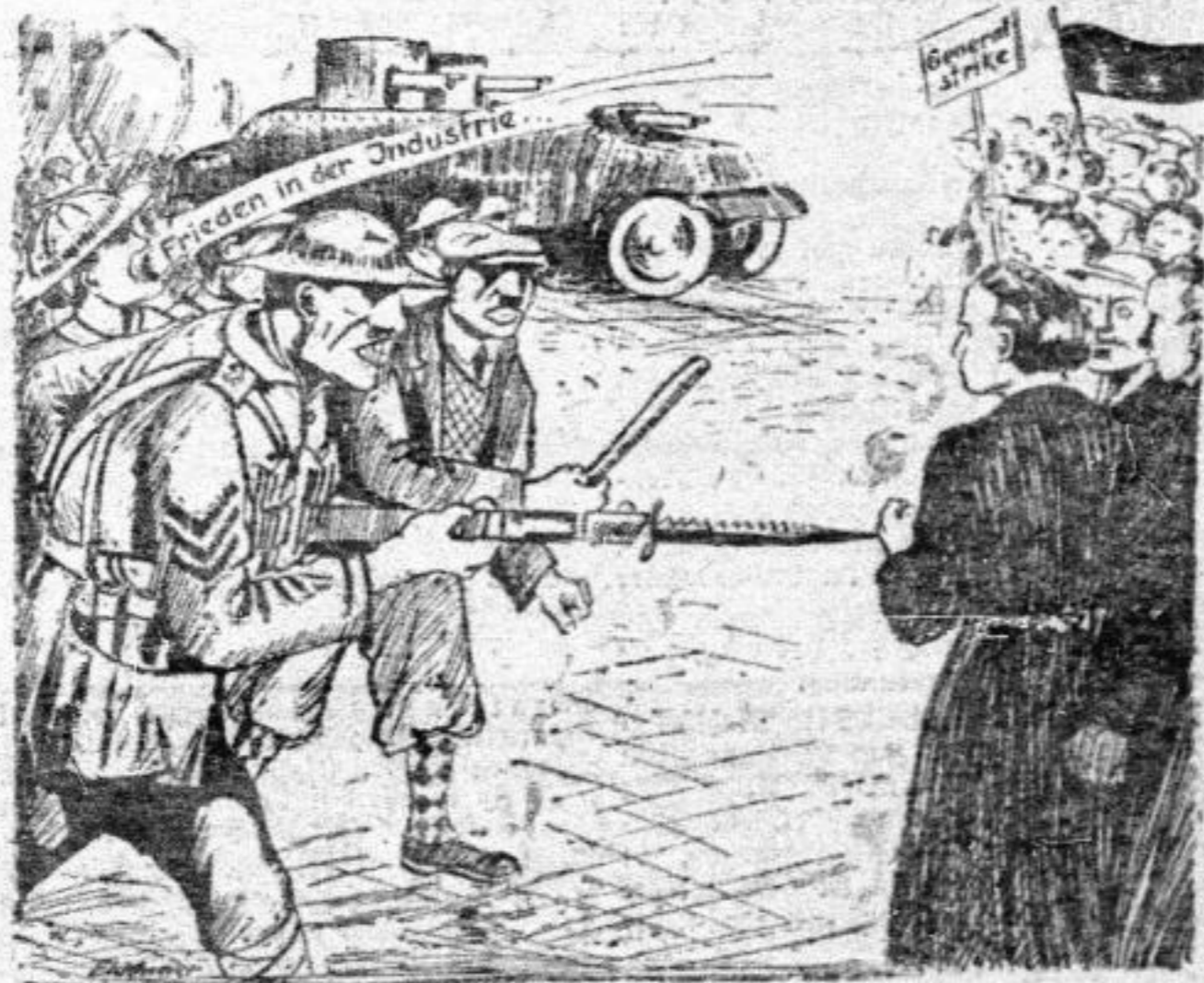
So begann schon vor dem Streik der Kampf um die Eingliederung der Frauen in die Klassenfront diesseits und jenseits der Varriladen.

Was bedeutet der englische Streik?

In England, dem Mutterland des Kapitalismus, marschieren zum erstenmal in der Geschichte die Klassenbataillone auf: die schwerbewaffnete Bourgeoisie auf der einen, die waffenlose, im Generalstreik geeinte Arbeiterschaft auf der anderen Seite.

Schon im Juli 1925 versuchten die englischen Bergarbeiter

den Bergarbeitern die Löhne zu kürzen und die Arbeitszeit zu verlängern. Die Bergarbeiter aber standen nicht allein. Sie hatten ein festes Bündnis mit den Metall- und Transportarbeitern geschlossen, die sich mit ihnen solidarisch erklärten, — darum wichen die englischen Unternehmer damals dem Kampf aus. Die Arbeiter setzten den Sieg des „roten Freitag“. Freilich war der Kampf nur aufgeschoben. Nur bis zum Mai zahlte der Staat an die Bergarbeiter Unterstützung aus Staatsmitteln; bis dahin sollten sich die Parteien einigen. Sie einigten



sich nicht. Die Unternehmer hatten sich für die kommenden Kämpfe gerüstet. Aber auch die Arbeiterschaft hatte ihre Maßnahmen getroffen, hatte auf ständiges Drängen der Widerheitsbewegung das Gewerkschaftsbündnis geschlossen. Als die Bergarbeiter ausgesperrt wurden, rief der Generalrat zum Generalstreik auf. Zehn Tage lang standen in England die Räder still.

Trotzdem hat der englische Massenstreik nicht zum Siege der englischen Arbeiterklasse geführt.

Die reformistischen Führer: Thomas vom Eisenbahnerverband, Hodges vom Bergarbeiterverband und MacDonald, der Führer der Arbeiterpartei, haben, als eine weitere wichtige Schicht der Arbeiterschaft in den Streik einrücken sollte, als die Arbeiter Streikbrecher verprügelten und Autoschiffe ins

468
5

Wasser warfen, als die von der Regierung großmütig versprochene Lebensmittelversorgung nur noch von den Gewerkschaften durchgeführt werden konnte —, sich offen auf die Seite Baldwin geschlagen.

Thomas und MacDonald konnten dieses Spiel nur wagen, weil die Massen der englischen Arbeiter die Illusionen der Demokratie und des Wirtschaftsfriedens, die Baldwin im Grunde führte, noch nicht abgestreift hatten. Wie hätten sonst 2000 Arbeiterfrauen vor dem Streik gegen ihre Klassenbrüder demonstrieren können?

Doch der Kampf selbst, der Widerstand gegen den Streikabbruch, das Weiterstreiken vieler Arbeitergruppen gegen den Befehl der Führer, das tapferere Ausharren der Bergarbeiter, obwohl ihre Verbündeten sie im Stich ließen, zeigen, daß die Voraussetzungen des Sieges der Arbeiterklasse auch in England schnell heranreifen.

Die englische Kinderheitsbewegung, die kleine kommunistische Partei Englands sehen jetzt vor noch größeren Aufgaben als vor dem Streik, den sie vorbereitet und mitgeleitet hatten.

Sie müssen den Arbeitern begreiflich machen, daß die Massenaktionen auf der Straße, in der die Bourgeoisie ihre militärischen Machtmittel wie gegen den äußeren Feind einsetzt, nicht nur ein „Wirtschaftskampf“, sondern ein politischer Kampf ist, daß es gilt, auch in England die Revolution zu organisieren.

Die englische Kinderheitsbewegung, die bisher schon vorbildlich unter den proletarischen Frauen gearbeitet hat, wird jetzt alles daran setzen, die Arbeiterfrauen dem Einfluß der Bourgeoisie zu entreißen.

Baldwins Frieden in England ist die Fortsetzung des Klassenkrieges: überall stoßen die Unternehmer vor. Die verächtlichsten Lohn- und Arbeitsbedingungen für die, die in die Welt der Zurückgekehrten, die Unzufriedenen, die sich weigerten, Schmachttitel gegen ihre Klassenbrüder zu legen, wollen sich schriftlich verpflichten, die „demokratische Freiheit der Presse“ zu respektieren.

Auch in Deutschland gibt es Friedensapostel, wie Baldwin. Eindringlich fordert die ganze Unternehmervielzahl Tag für Tag den Wirtschaftsfrieden. Auch in Deutschland gibt es Arbeiterführer wie Thomas und Hodges, die den kapitalistischen Frieden ansüßlichen wollen und darum „Wirtschafts-demokratie“ und Völkerverbund fordern. Aber auch in Deutschland bedeutet dieser „Frieden“ den grausamsten Krieg gegen die Arbeiterklasse: gerade jetzt reitet das Unternehmertum eine scharfe Attacke gegen die Lebenshaltung der Arbeiterklasse, gerade jetzt demonstriert die gesamte Reaktion für den Monarchismus.

Aber auch in Deutschland wächst der Widerstand, wächst die Opposition in den Gewerkschaften und im Reichsbanner gegen die opportunistischen Führer.

Am 20. Juni ist der Volksentscheid, der das ganze arbeitende Volk vereint und schlagbereit finden muß.

Die Schwarzweißroten mobilisieren. Die Stahlhelm-Schwärmer vom Völkerverbund wollen bis zum 20. Juni jeden Sonnabend und Sonntag in den Häusern für die „armen Fürsten“ predigen — die arbeitenden Frauen müssen jetzt treppauf, treppab in allen Mietkasernen ihre Klassengenossen, die bezogenen Inflationsopfer, die ruinierten Handwerker, die ausgeplünderten Bauern für den Volksentscheid gegen die Fürsten gewinnen.

Um die Abtreibungsstrafe

Am 7. Mai beschäftigte sich der Reichstag wieder einmal mit den §§ 218 und 219. Nicht etwa mit ihrer Aufhebung, belächelt nicht! So etwas gibt es nicht in der frommen deutschen Republik.

Zwar verschlechtern sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland von Tag zu Tag.

Zwar wissen die Familien von mehr als drei Millionen Arbeitslosen nicht, wie die Mäuler der bereits lebenden Kinder zu stoßen.

Zwar leben Millionen in Wohnungen, die den minimalistischen Forderungen der Hygiene spotten.

Zwar häufen sich die Selbstmorde, und fast täglich ereignen sich Fälle, wo ganze Familien freiwillig ihrem Leben ein Ende machen.

Zwar werden die Abtreibungen in Deutschland, trotz der harten Strafbestimmungen, auf fäbielich sieben- bis achthunderttausend geschätzt, von denen nach Berechnungen des berühmten Frauenarztes Drumm 75 000 Nacherkrankungen zur Folge haben und 200 mit dem Tode enden.

Aber das alles ist in unserem moralischen Staatswesen kein Grund, die §§ 218 und 219 zu beseitigen. Nur ein bißchen daran herumgestrichelt hat man, nur die allerbrutalsten Härten gemildert. Nicht mehr „Zuchthaus bis zu 5 Jahren“ bedroht die Frau, die eine Abtreibung bei sich vornimmt oder vornehmen läßt, sondern nur noch Gefängnis, und diese Gefängnisstrafe, die früher „bei mildernden Umständen“ nicht unter 6 Monaten betragen durfte, ist jetzt ohne Mindestgrenze. Aber immer noch bleibt die fäulnische Bestimmung, daß auch der Versuch strafbar ist.

Diese Abänderung der Paragraphen wird natürlich nicht das Gerinaste daran ändern, daß weiter Hunderttausende von Frauen, gezwungen von der Not, heimlich, unter den unhygienischsten Verhältnissen und von den ungeschicktesten Händen Abtreibungen an sich vornehmen lassen, daß Tausende unglücklicher Frauen vor Gericht geschleppt und durch Gefängnisstrafen samt ihren Familien noch unglücklicher gemacht werden.

Die Sozialdemokraten aber feiern diese winzige Verbesserung als großen Sieg.

Weshalb wir demgegenüber einen Blick nach dem „barbarischen und unmoralischen“ Sowjetrußland. Vor uns liegt ein Beispiel, in dem das Volkskommunariat für Gesundheitswesen sich über die Ergebnisse seiner Geburtspolitik klar zu werden sucht, und zwar über die Geburtenpolitik auf dem schwierigsten zu bearbeitenden Gebiet, nämlich auf dem Boden der Land-Ärztinnen. Die Ärzte haben die nötigen Grundlagen dazu zu verschaffen, und 207 beantwortete Fragebogen aus allen Teilen des Reichs bilden zwar kein Musterbild, aber doch ein sehr ausführliches Material herbei. Die Fragebogen beziehen über die Anzahl der legalen (in Bezirkskrankenhäusern ausgeführt) und der illegalen (Küchenküche) Aborte; über die Gründe, die die Frauen dazu führen; über die hygienischen Folgen der gesetzlichen Abtreibung usw. Dabei hat sich ergeben, daß gleich auf dem Lande die Verhältnisse noch unzureichend sind; noch ist das Netz der Frauenversorgung dünn, es mangelt an Betten und Instrumenten, die Asepsis ist der Landbevölkerung, ihre schäbige Scham, drängt nach Verheimlichung und Kurzsichtigkeit. Dennoch scheint es allmählich, durch die vernünftige Gesetzgebung der ZSR, und ihre hygienischen Maßregeln die gefährliche Missetatigkeit zurückzuführen und die Frauen, die aus materieller Not oder aus unglücklichen Familienverhältnissen heraus zur Abtreibung gedrängt werden, durch Aufklärung und hygienisch einwandfreie Behandlung vor Sichtung und Tod zu bewahren.

Eine neue Moral bricht sich da drüben Bahn. Die neue Gesellschaft wird sich die Moralanbahnung schaffen, daß alles Geborene zu etwas Gewordene, zu etwas mit Liebe Erwartetem werden soll.“

H. Dunder.

Die Internationale organisiert die Arbeit unter den Frauen

Die gegen die Arbeiterklasse gerichtete Frauen demoralisation in England zeigte, wie viel den kommunistischen Parteien aller Länder noch zu tun übrig bleibt, um auch die Frauen für den Klassenkampf zu gewinnen.

In Moskau findet in diesen Tagen eine Internationale Konferenz zur Arbeit unter den Frauen statt mit folgender Tagesordnung:

1. Bericht über die Tätigkeit des Internationalen Frauensekretariats und die nächsten Aufgaben der Arbeit unter den Frauen. (Bericht umfasst U.S.S.R., Belgien und Ostern, einschließlich wichtigste Ergebnisse der Arbeit in den Sektionen).
2. Die Organe der Partei für die Arbeit unter den Frauen. Hierzu zwei Unterberichte:
 - a) Tätigkeit einer Moskauer Rayons-Frauenabteilung unter den Frauen;
 - b) Tätigkeit einer russischen Betriebszelle unter den Arbeiterinnen.
3. Die Arbeit in den Massenorganisationen (Gewerkschaften, Genossenschaften usw.).
4. Besondere Organisationsformen der Arbeit unter den Frauen:
 - a) Frauendelegiertenversammlungen;
 - b) außerparteiliche Frauenorganisationen.
5. Die Arbeit unter den Bäuerinnen.
6. Presse und politische Schulung.

Wir werden den arbeitenden Frauen über die Arbeiten dieser Konferenz Bericht erstatten.

Rationalisierung

In Deutschland

Die Kapitalisten treiben mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln im Betrieb, im Sport, ja selbst im Hungern zur Höchstleistung an, um dabei zu profitieren. Rekord ist das Reichen unserer Zeit. Die Rekordleistung geht mit der Verbesserung der Arbeitsmethoden Hand in Hand. Aber dieser sichtbare Fortschritt, der in der Vorkriegsperiode des Kapitalismus nur zur Steigerung der Profite benutzt wird, bewirkt grausame Verfallserscheinungen in der Masse der Erwerbstätigen.

Die Zahl der Arbeitslosen steigt sich noch immer und ist bereits zur Altklassenerscheinung im deutschen Wirtschaftsleben geworden. Katastrophal gestaltet sich augenblicklich die Lage im Büroleben.

Hier haben sich die Arbeitsmethoden in den letzten 10 Jahren völlig verändert. Das Stehpult, die Drehstuhl, die Herren Buchhalter mit würdigem Aussehen und schüßendem

Jetzt



Einst

Augenschein, sie gehören der Vergessenheit an. Bei heute das Büro eines großen Konzerns betritt, vernimmt nicht mehr die trappenden Laute der eilenden Hebern, die in schwingenden Buchstaben Seite für Seite bedeckten.

Heute beherrscht die Maschine das Büro. Mit der Schreibmaschine fing es an. Sie wurde von Anfang durch weibliche Kräfte bedient. Die billige, gewandte Stenotypistin verdrängte den Schreiber. Mehr und mehr eroberte sich die Frau das Büro als ihr Arbeitsfeld. Und die vor dem Kriege wachsende Industrie zog Tausende von Bürger- und Profestariernmädchen, die im Haushalt keine Verwendung fanden, in den Produktionsprozeß.

Zu der Schreibmaschine gesellte sich die Rechenmaschine, sie machte den „rechnensicheren“ Beamten mit guter Schulbildung und Abiturium überflüssig. Die Maschine rechnet schneller und zuverlässiger als der Mensch und kann von billigen Arbeitskräften bedient werden.

Die einlaufende Post wird von Brieföffnermaschinen bearbeitet. Selbst das Laufband hat Einzug im Büro gehalten und befördert rasch jede Anfrage, jede Faktura an Ort und Stelle.

90 Prozent aller Schreibarbeiten werden von der Schreibmaschine in zahlreichen Durchschlägen angefertigt und er sparen Zeit und Arbeitskräfte.

Durch die Umstellung im Büro auf die Maschine ist auch hier die Erwerbslosigkeit gestiegen und ein hoher Prozentsatz weiblicher Arbeitskräfte ist brotlos geworden. Hoffnung auf Anstellung haben heute nur noch ganz junge Mädchen. Die älteren scheiden systematisch aus, denn mit 30 Jahren hat keine Frau mehr Aussichten, im Büro beschäftigt zu werden. Das Angebot junger Arbeitskräfte, die immer noch mit dem Maschinenbau an die verflozene Konjunktur gerade diesen Beruf bevorzugen, ist zu groß. Gleichzeitig wirkt sich das mangelnde Klassenbewußtsein dieser Arbeiterschicht verberbtlich aus. Nur ein kleiner Teil ist gewerkschaftlich organisiert. Bisher haben die kaufmännischen Angestellten fast kaum Wirtschaftskämpfe gegen die Kapitalisten geführt.

Die durchschnittliche Angestellte erhält 50 bis 60 Mark Gehalt. 80 Mark ist bereits ein Qualitätsgehalt. Dafür verlangen die Unternehmer, daß diese Mädchen mindestens 1 bis 2 Jahre die Handelsschule absolviert haben.

Einige Glanzpunkte gibt es auch hier. Rekordleistungen, die besonders hoch bezahlt werden und dazu dienen, die Gesamtproduktion zu steigern.

Die Lage wird sich für die Büroangestellten noch mehr verschlechtern. Schon berichten die Zeitungen von neuen selbsttätigen Schreibmaschinen, die vielleicht schon „übermorgen“ das Los der Stenotypistinnen besiegeln, wenn nicht auch diese Schicht der Arbeitenden es lernt, sich zu wehren.

Wehren, gegen wen? Nicht gegen die Maschinen, die soviel menschliche Arbeitskraft sparen, sondern gegen die Kapitalisten, die diese dazu benutzen, um Millionen auszuhungern. In den Händen der Arbeiter können die gleichen Maschinen zum Segen der Menschheit werden und ihnen viele Ruhe und Erholungsstunden geben.

Es gilt, die Herrschaft über die Maschinen, die heute den Kapitalisten gehören, zu erlämpfen.

In Rußland

Dem Eindringen der Frauen in die Industrie stehen große Hindernisse entgegen. Die russische Industrie braucht qualifizierte Arbeitskräfte, die Frauen sind aber meist ungelernete Arbeitskräfte, sie verrichten, wie es in Rußland heißt, nur die „Schwarze“ Arbeit; ein Teil von ihnen kann überhaupt nicht oder nur sehr mangelhaft lesen und schreiben.

Den Moskauer Gewerkschaften erwächst nun die Aufgabe, die Qualifikation ihrer weiblichen Mitglieder zu heben und zahlreiche Konferenzen und Versammlungen haben sich auch ausschließlich mit dieser Frage beschäftigt. Der Weg dazu ist die unentgeltliche Ausbildung der Frauen in den von den Staatsbetrieben und Gewerkschaften errichteten Fachschulen. In diesem Artikel soll nur von der Ausbildung der weiblichen Jungarbeiterinnen in den Moskauer Fabrikschulen berichtet werden.

Es ist verhältnismäßig leichter, die Jungarbeiterinnen in diese Schulen zu bringen als die erwachsenen Arbeiterinnen.

Aber auch hier stößt man auf mancherlei Schwierigkeiten. So ist zum Beispiel ein Teil der jungen Mädchen, die die Fabrikschulen besuchen wollen, nicht genügend vorgebildet, aber die Eltern stemmen sich aus reaktionären Vorurteilen dagegen, daß ihre Töchter, ebenso wie die Knaben, eine Fachausbildung erhalten. Auch ist es in vielen Industriezweigen üblich, auch qualifizierten Arbeiterinnen, wie man es seit Jahrhunderten gewohnt war, nur eine ungelernete Arbeit zuzuwiesen. Denn auch ein Sowjetstaat kann nicht im Handumdrehen all die durch die bürgerliche und feudale Wirtschaftsordnung tief eingewurzelten Vorurteile gegen die Frauarbeit beseitigen.

All diese Hindernisse gilt es zu überwinden, und es ist sogar, im Gegensatz zum kapitalistischen Staat, eine der ersten Aufgaben des Sowjetstaates, gegen die reaktionären Vorurteile, die der Frauennarbeit entgegen gesetzt werden, Sturm zu laufen.

So wurde denn auch im Herbst 1925 bei der Eröffnung der Fabrikschule von den Gewerkschaften mit Unterstützung des Sowjetstaates eine allgemeine Kampagne geführt, um die Frauen für den Besuch dieser Schulen zu gewinnen. Und tatsächlich läßt sich ein starkes Auswachen der weiblichen Besucherinnen konstatieren. Die Moskauer Gewerkschaften hatten die Befragung ausgearbeitet, daß der Prozentsatz der Jungarbeiterinnen in den Fabrikschulen ebenso hoch sein soll, als der prozentuale Anteil der Jungarbeiterinnen in den einzelnen Produktionszweigen beträgt.

Die Erzielung günstiger Ergebnisse war aber an gewisse Voraussetzungen geknüpft, die von den Gewerkschaften auch tat-

fachlich erfüllt wurden. Um z. B. die mangelhafte Vorbildung einzelner Jungarbeiterinnen zu beseitigen, wurden von den Gewerkschaften eine Anzahl allgemeiner Vorbildungsschulen geschaffen, in der die Mädchen die zum Besuch der Fabriksschulen notwendigen Vorkenntnisse erlangen konnten. Insbesondere zahlreich war die Veleiligung der Arbeiterinnen an der von der Metallarbeitergewerkschaft errichteten Schule, aus der auch sämtliche Arbeiterinnen in die Fabriksschulen übernommen wurden.

Ferner obliegt es der Moskauer Gewerkschaft darüber zu wachen, daß auch alle in den Fabriksschulen ausgebildeten Frauen eine qualifizierte Arbeit zugewiesen erhalten, die sie dann auch auszuführen imstande sind. Die Kontrolle über die gesamte Frauenausbildung untersteht den einzelnen Frauenkommissionen der Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft, die auch die Aufnahme und den gesamten Schulbetrieb ständig kontrollieren.

Selbstverständlich ist auch diese Entwicklung erst im Anfang, da die Zahl der Jungarbeiterinnen, die die Fabriksschulen besuchen, bei weitem nicht der Zahl der in der Produktion stehenden Frauen entspricht. Aber je mehr die Frauen in die einzelnen Industriezweige eindringen, um so stärker wird das Bedürfnis der Arbeiterinnen nach dem Besuch dieser Schulen werden, die — zum ersten Male in der Geschichte — die Frauen zu gleichberechtigten Mitgliedern am Produktionsprozess heranzubilden bestrebt sind.

Arbeiterinnendelegation!

Unabwärtig geht es abwärts mit der Lebenshaltung der deutschen Arbeiterkass. Der Lohnabbau hat sein Ende noch lange nicht erreicht. Die Massenarbeitslosigkeit stabilisiert sich und wird im Herbst ins Ungemessene wachsen. Fordband und Wanderlich steigert die Anspannung und Ausbeutung der noch im Betrieb stehenden Arbeiter und Arbeiterinnen. Der Terror in- und außerhalb der Betriebe wächst.

Nicht anders ist es in den übrigen europäischen Ländern. Nur Sowjetrußland baut seine Wirtschaft, wenn auch unter Opfern und Schwierigkeiten, wieder auf. Nur in Sowjetrußland steigen die Löhne, gibt es einen wirksamen Mutter- und Säuglingschutz, werden den Kindern und Kranken Fürsorgeschlöffer und Kurorte zur Verfügung gestellt. Kein Wunder, wenn auch die Arbeiterinnen, auf denen am schwersten der Druck des kapitalistischen Niedergangs lastet, wie ihre englischen Schwestern das befreite Rußland sehen möchten.

Eine wahre und alltägliche Geschichte

Nach § 2, Abs. 2 des Reichsversorgungsgesetzes ist die Bewilligung einer Elternrente nach den Vorschriften der Wahrscheinlichkeit zu prüfen.

In das Zimmer des 14. Senats des Reichsversorgungsgerichts tritt eine Wäbige Greisin. Sie verhandelt um Gewährung einer Elternrente, da ihr Sohn Karl, der in Vorkriegszeiten ihr Ernährer war, im Weltkrieg gefallen ist.

Sie befindet sich in der zweiten Instanz der Verhandlungen. Das Versorgungsgericht hat ihr bereits die Rente bewilligt. Aber das Reichsversorgungsgericht will ihr die paar Pfennige, die sie zum Leben nötig hat, nehmen, weil auf Grund der Sparmaßnahmen der Lutherregierung die Rentenausgaben gesenkt werden sollen.

Ein Beamter versucht der Alten auseinanderzusetzen, daß ihre Ansprüche auf Unterstützung gänzlich unberechtigt seien. „Sehen Sie“, beginnt er, „Ihr Sohn Karl befände sich heute gar nicht in der Lage, Sie zu unterstützen, auch wenn er am Leben geblieben wäre.“

Die Greisin protestiert:

„Mein Sohn Karl und auch meine beiden anderen Söhne, die Vergleiche sind, haben mich vor dem Kriege unterstützt. Aber Karl ist gefallen, und die beiden anderen haben eine Menge Kinder. Sie sind verheiratet, zeitweise arbeitslos und verdienen schlecht, deshalb können sie mich nicht noch miternähren. Karl hätte das getan, der war unverheiratet. Aber nun ist er ja tot, gefallen für das Vaterland und darum bitte ich das Vaterland, dem ich meinen Sohn gab, Karls Pflichten an mir zu erfüllen.“

Der Beamte schüttelt den Kopf. Er hat gelernt, mit dem wissenschaftlichen Nützens der Statistik und Psychologie „unbegründete Ansprüche“ abzuwehren. Von Analogieschlüssen der modernen Psychologie aber hatte diese Frau wohl nie etwas gehört. Er sieht sich in Position: „Nun hören Sie mal, liebe Frau, Ihre ältesten Söhne haben beide nach dem Kriege geheiratet und können Sie deshalb nicht unterstützen. Es

Resolution:

Die am Donnerstag, den 2. April 1926, in der Aula Germaniastr. in Tempelhof stattfindende Betriebsversammlung der Firma C. Lorenz beauftragt den Arbeiterrat, Verbindung aufzunehmen mit den in Frage kommenden Stellen zwecks Entsendung einer Delegation deutscher Arbeiterinnen nach Sowjetrußland.

Einstimmig angenommen.

In der Betriebsversammlung am 10. Mai für die weibliche Belegschaft der Firma Feistorn A.-G., Gera, ergriff eine Kollegin das Wort und sprach über die proletarische Frau in Deutschland und in Rußland. In der Diskussion wurde dann von einigen Kolleginnen an die zahlreich Anwesenden appelliert, sich geschlossen für eine Frauendelegation einzusetzen. Unterstehende Resolution und Antrag kamen zur Abstimmung und wurden einstimmig angenommen.

Resolution:

Die wirtschaftliche Lage der proletarischen Frauen Deutschlands hat sich durch die Novemberrevolution 1918 nicht geändert. Die wenigen Rechte, die ihnen damals gewährt wurden, sind ihnen längst wieder geraubt. Die Ausbeutung durch die kapitalistische Klasse wird von Tag zu Tag schlimmer, die Arbeiterinnen werden rechtlos gemacht. Die Masse der proletarischen Frauen steht aber selber ihrem Geschick sehr gleichgültig gegenüber, deshalb fordern die heute hier versammelten Arbeiterinnen des Betriebes der Firma Feistorn A.-G. die Entsendung einer deutschen Frauendelegation nach Sowjetrußland. Dieselbe soll die wirtschaftliche Lage der Frauen daselbst (vor der russischen Revolution und jetzt) eingehend feststellen und nach der Rückkehr allerorts Bericht erstatten und somit dazu beitragen, die proletarischen Frauen Deutschlands aus ihrer Gleichgültigkeit aufzurütteln und ihnen den Weg zeigen, der zu ihrer Befreiung führt.

Antrag an den A.D.G.B.

In der am 10. Mai stattgefundenen Betriebsversammlung beschlossen die organisierten Arbeiterinnen der Firma Feistorn A.-G., Gera, dem A.D.G.B. folgenden Antrag zuzustellen:

Die Anwesenden erkennen die Wichtigkeit einer Frauendelegation nach Sowjetrußland und ersuchen den A.D.G.B. (da die S.P.D.-Führer die bisherigen Rußlanddelegationen als unglaubwürdig hingestellt haben) um Mitbeteiligung bei der Entsendung einer freigeberkschaftlich organisiert Frauen-delegation nach Rußland.

Sprechen doch alle Wahrscheinlichkeiten dafür, daß Karl, falls er nicht dienstbeschädigt gewesen wäre, das gleiche getan hätte. Auch er hätte Kinder in die Welt gesetzt. Wo wäre es ihm dann möglich, seine Mutter zu erhalten?

Die alte Mutter protestiert: „Rein, Karl dachte nicht an Heiraten, er war erst 19 Jahre, als er fiel.“

Der Beamte halt begeistert ein: „19 Jahre, und da sagen Sie, er hätte nicht geheiratet? Ich kann Ihnen auf Grund wissenschaftlicher Statistiken beweisen, daß das durchschnittliche Heiratsalter für Männer zwischen 23 und 28 Jahren liegt. Sie können durch nichts beweisen, daß Ihr Sohn Karl nicht geheiratet hätte.“

Aber die Frau sieht das nicht ein, Karl war ihr liebster Sohn, er hatte immer etwas besser verdient, als die anderen, er war ein Musterschüler. Mit 10 Jahren hat er schon durch Zeitungsaustagen verdient. Rein, nein, Karl hätte die Mutter nicht verhungern lassen, auch wenn er verheiratet gewesen wäre.

Aber der Beamte kennt die Hungerlöhne der Arbeiter. Wieso sollte Karl denn ausgerechnet mehr verdienen? Das Los aller Arbeiter ist gleich.

Die alte Frau kämpft wie eine Verzweifelte um die Unterstützung. Sie hat doch dem Vaterland so viel gegeben, nun versucht sie dem Beamten zu beweisen, daß das Vaterland die Pflicht hat, sie nicht verhungern zu lassen.

Schließlich läßt sie der pflichteifrige Beamte von einem Gerichtsdiener vor die Tür setzen. Er sucht seine Akten zusammen und wundert sich, daß das Weibsvolk so wenig von höherer Mathematik und Psychologie versteht.

Die alte Frau aber kann nicht begreifen, daß sie beim Vaterland, das ihr einst Dank versprochen, so wenig Verständnis für ihre Not findet.

Der Dank des Vaterlandes ist Euch gewiß!

Verantwortlich für Verlag und Inhalt: Maxime Wenden. M. d. S., Berlin. Verlag: „Rote Fahne“, G. m. b. H., Berlin S.W. 11, Friedrichstraße 225. Druck: „Neudag“, Papler-Druckungs- und Verwerlungsbetriebe, Wollmilchstraße 11, Berlin. Arbeitslohn-Druckerei, Berlin, Friedrichstraße 225.